

Pakistans Afghanistanpolitik auf dem Prüfstand

von Jorge Scholz

Die Grenze zum Nachbarland Afghanistan ist seit knapp einem Jahr geschlossen, die Botschaft in Kabul wurde im September von einem wütenden Mob niedergebrannt, Kampfflugzeuge der afghanischen Regierungsarmee bombardierten in den vergangenen Monaten wiederholt Ziele auf pakistanischem Hoheitsgebiet und der afghanische Geheimdienst wird von den pakistanischen Behörden beschuldigt, am 21. Dezember in einem Bazar von Peshawar ein Bombenattentat mit 65 Toten und 200 Verletzten verübt zu haben: Deutliche Indizien dafür, daß die pakistanisch-afghanischen Beziehungen auf einem beispiellosen Tiefpunkt angelangt sind. Obendrein steht Pakistan international wegen der angeblichen Unterstützung der mysteriösen Taliban-Milizen am Pranger. Anlaß genug für eine kritische Analyse der gegenwärtigen Afghanistan-Politik Islamabad.

Nach dem Kollaps des Kabuler Najibullah-Regimes und dem Triumph der von Pakistan protegierten Mujahedin im Frühjahr 1992 schlug die Euphorie in Islamabad hohe Wellen: Endlich schien die von Diktator Zia-ul-Haq propagierte strategische Neuordnung Südasiens durch Ausweitung der Einflußsphäre auf das afghanische Hinterland greifbar nahe, in Zentralasien lockten neue Absatzmärkte als Ausweg aus der Wirtschaftskrise und die Hafenmetropole Karachi träumte von einer Karriere als Handelsdrehscheibe der gesamten Großregion. Mit der Machtübernahme der einstigen Günstlinge verband sich außerdem die Hoffnung auf eine baldige Lösung diverser, mit dem Bürgerkrieg im Nachbarland zusammenhängender innenpolitischer Probleme wie der boomende Drogen- und Waffenhandel, die wachsende Militanz islamistischer Bewegungen, der Überhand nehmende Schmuggel über die grüne Grenze und nicht zuletzt die Repatriierung der nach dem Abzug der internationalen Hilfsorganisationen zur Bürde gewordenen drei Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan.

Wunsch und Wirklichkeit

Im Rückblick auf diese stürmische, von optimistischen Erwartungen beflügelte Phase pakistanischer Außenpolitik bleibt die ernüchternde Bilanz, daß die meisten der ehrgeizigen Pläne, Projekte und Programme wie Seifenblasen zerplatzt sind. Nach wie vor blockiert der Kriegsschauplatz Afghanistan den Zugang zu den zentralasiatischen Staaten, so daß der anvisierte Bau bisher fehlender Straßen- und Eisenbahnverbindungen

auf Eis liegt. Auch an die Errichtung von Gas- und Erdölpipelines sowie grenzübergreifender Stromleitungen ist auf absehbare Zeit nicht zu denken. Die bereits getätigten Milliardenausgaben der pakistanischen Regierung für den Bau eines zweiten Indus-Highways parallel zur afghanischen Grenze als erstes Teilstück einer projektierten Transitstrecke und für den inzwischen gestoppten Ausbau der 'Grand Trunk Road' zwischen Lahore und Peshawar zu einer mehrspurigen Autobahn wirken zumindest angesichts der aktuellen Situation wie Fehlinvestitionen. Dafür blühen auch weiterhin entlang der gemeinsamen Grenze mit Afghanistan der Drogen- und Waffenhandel sowie der Schmuggel mit Gütern aller Art. Seit der Eroberung der westafghanischen Stadt Herat durch die Taliban Anfang September 1995 haben diese illegalen Transitgeschäfte ganz im Gegenteil Dimensionen angenommen, die schon bald ganze Produktionszweige der pakistanischen Wirtschaft in den Ruin treiben könnten. Denn die Taliban haben nach ihrem Sieg für pakistanische und afghanische Schmuggler die Südroute der afghanischen Ringstraße geöffnet, so daß jetzt Waren aus Afghanistan, Iran und Zentralasien weitgehend unbehindert nach Quetta und Peshawar gelangen, da die schlecht bezahlten pakistanischen Sicherheitskräfte, die entlang der offiziell geschlossenen Grenze postiert sind, gegen Bestechungsgelder beide Augen zudrücken.

Hunderte Trucks pendeln seitdem zwischen Turkmenistan und Pakistan, um russische Autoreifen, Klimaanlage und Rohbaumwolle heranzuschaffen. Zu Dumping-Preisen verschleudert, gefähr-

den diese Billig-Importe mittlerweile die Lebensgrundlage der heimischen Produzenten und Händler. In umgekehrter Richtung transportieren die LKW-Kolonnen Benzin, Elektrogeräte und vor allem Lebensmittel wie Speiseöl, Weizen und Reis, was ebenso fatale Folgen hat: Denn all diese Produkte muß Pakistan selbst importieren, so daß die illegalen Exporte das knappe Angebot weiter reduzieren und die Preise entsprechend der wachsenden Nachfrage in die Höhe schnellen. Das höhere Preisniveau nutzen die international operierenden Schmugglerbanden wiederum für gewinnträchtige Re-Importe, die die chronisch negative Handelsbilanz Pakistans noch zusätzlich belasten.

"Eingeschmuggelte Inflation"

Längst gilt der "Afghan Transit Trade" als Hauptursache für die wachsende Inflation: Innerhalb von zwei Jahren beschleunigte sich der Preisauftrieb nach offiziellen Angaben von deutlich unter zehn auf gegenwärtig über dreizehn Prozent. Nach Schätzungen unabhängiger Wirtschaftsexperten soll die Inflationsrate inzwischen sogar die 20-Prozent-Marke überschritten haben. Schwere Schaden entsteht dem Staat außerdem durch den Ausfall von Zolleinnahmen in astronomischer Höhe: Da nach vorsichtigen Hochrechnungen schon heute rund ein Drittel des gesamten Außenhandels über Schmuggelpfade abgewickelt wird, dürften dem Fiskus jährlich umgerechnet etwa 1,5 Milliarden DM entgehen. Ironischerweise entspricht diese Summe ungefähr dem aktuellen Haushaltsdefizit der Bhutto-Regierung. Das 'Central Board of Revenue', die oberste Steuerbehörde Pakistans, warnt in ihrer jüngsten Steuerschätzung mit Hinweis auf die neuesten Entwicklungen in Afghanistan vor weiteren dramatischen Einbußen bei den Importzöllen. Denn wie aus pakistanischen Korrespondentenberichten hervorgeht, sind jetzt auch die Taliban im großen Stil in den lukrativen Schwarzmarkt der Region eingestiegen. In Dubai eröffneten die geschäftstüchtigen Gotteskrieger kürzlich ein eigenes Büro zur Organisation von gecharterten Cargo-Flügen für Elektrogeräte aller Art in Richtung Kandahar, die für den Absatzmarkt Pakistan bestimmt sind. Mit erbeuteten Transportmaschinen bauen die Taliban für diesen Zweck sogar eine eigene Airline auf, um den anschwellenden Warenstrom besser bewältigen zu können. Das professionelle Vorgehen und der betriebene Aufwand lassen darauf schließen, daß sich die Taliban auf Dauer in diesem Geschäft einrichten. Dies wiederum kann mit Blick auf die politische Zukunft der Region nur als

Menetekel gedeutet werden, da eine Normalisierung und Stabilisierung Afghanistans sowie der Aufbau geordneter bilateraler Beziehungen zu Pakistan ganz offensichtlich nicht den vitalen Interessen der gegenwärtig stärksten politischen Kraft im Land entspricht. In dieses Bild fügen sich nahtlos pakistanische Medienberichte, wonach wiederholt Emissäre der Regierung in Islamabad mit harschem Protest gegen die praktizierten Mafia-Methoden bei der Taliban-Führung vorstellig wurden. Diese im übrigen erfolglosen Vorstöße deuten im Widerspruch zu anderslautenden Einschätzungen auf ein erhebliches Konfliktpotential zwischen Pakistan und den Taliban-Milizen (siehe dazu auch den Bericht von Thomas Ruttig in diesem Heft).

Konfrontationskurs

Ebenso brisant wie das sich auf wirtschaftlichem Gebiet in Afghanistan zusammenbrauende Unheil sind aus der Perspektive Islamabads die weitreichenden strategischen Folgen des völlig zerrütteten Verhältnisses zu der noch amtierenden Kabuler Regierung unter Präsident Burhanuddin Rabbani, die bereits die Machtbalance der gesamten Region zum Nachteil Pakistans ins Wanken bringen. Der aus innenpolitischen Gründen eingeschlagene kompromißlose Konfrontationskurs gegen die von Tajiken dominierte Rabbani-Regierung mobili-

sierte rund um Afghanistan eine für Pakistan höchst bedrohliche Gegenallianz, der neben Iran und Rußland auch der Erzfeind Indien angehört. Diese Mächte gewähren Kabul auf internationalem diplomatischen Parkett sowie mit Geld und Waffen bedingungslose Unterstützung, um die pakistanischen Ambitionen zu durchkreuzen. Statt der angestrebten erweiterten strategischen Tiefe zum Schutz vor der indischen Bedrohung ist Pakistan in seiner eigenen Einflußsphäre völlig isoliert. Selbst der alte Verbündete Saudi-Arabien hat sich von der Afghanistan-Politik Islamabad abgekoppelt, da der Lieblingsgünstling der Araber, der wahabitische Paschtunenführer Rasul Sayyaf, in der Rabbani-Regierung einen Ministerposten bekleidet.

Am meisten schockiert die pakistanische Außenpolitik jedoch die inzwischen offen feindselige Haltung Irans, ebenfalls in früheren Zeiten ein treuer Partner. Neben der Absicht, Pakistan als lästigen Konkurrenten im Rennen um die Gunst der zentralasiatischen Republiken vorläufig auszuschalten, verfolgt Teheran mit seiner außenpolitischen Linie vor allem das Ziel, den Vormarsch der Taliban zu stoppen. Denn die "Theologiestudenten" (Bedeutung des Begriffs Taliban in freier Übersetzung) gelten in den Augen der iranischen Mullahkratie als anti-schiitische Fanatiker, die mit der Verbreitung ihrer streng sunnitischen Version der islam-revolutionären Botschaft die entlang der iranisch-afghani-

schen Grenze lebenden sunnitischen Minderheiten wie Turkmenen, Azeris und Balutschen aufwiegeln könnten. Spätestens die Eroberung des traditionell persisch-sprachigen Herat durch die Taliban, das damit erstmals in der afghanischen Geschichte von Paschtunen beherrscht wird, hat Iran zu diesem bemerkenswerten Kurswechsel veranlaßt.

Anti-pakistanische Koalition

Die Mitgliedschaft Rußlands in der anti-pakistanischen Dreier-Koalition ist dagegen weniger überraschend, denn schon während des Afghanistan-Krieges unterhielt die damalige Sowjetunion Kontakte zum jetzigen wichtigsten militärischen Verbündeten Präsident Rabbanis, Ahmad Shah Massud. Auch für Moskau, das in Tajikistan zur Bekämpfung islamistischer Aufständischer Truppen stationiert hat, ist die Eindämmung der Taliban oberstes Gebot. Die aus diesem Kalkül heraus unverändert ablehnende Haltung gegenüber Pakistan wird in Islamabad gleichfalls als schmerzliche außenpolitische Niederlage gewertet, da von der Armeeführung erhoffte Waffen-geschäfte nicht zustande kommen und Indien in der Kaschmirfrage weiterhin auf die diplomatische Rückendeckung des UN-Sicherheitsratmitglieds vertrauen darf. Da Indien seinerseits die Gunst der Stunde nutzt, um mit Waffenlieferungen an die Adresse Kabuls in der weichen Flanke Pakistans einen eigenen militäri-



Explosives Erbe des Afghanistan-Krieges: Bombenterror und politische Gewalt islamischer Extremisten verwandeln auch Pakistan in ein Pulverfaß. In den Rollen der berühmten drei Affen: Oppositionschef Sharif, Premierministerin Bhutto und Präsident Legari. (aus: 'Friday Times', Lahore)

schen Brückenkopf aufzubauen, weckt die Achse Moskau-Delhi alte Ängste vor einer Zwei-Fronten-Bedrohung.

Nur Usbekistan und Turkmenistan zählen im Tauziehen um Afghanistan als Verbündete Pakistans. Allerdings leiden diese beiden Akteure unter einem entscheidenden Manko: Sie besitzen kaum Einfluß auf das Bürgerkriegsgeschehen. Einzig der Usbeken-General Dostum, der neuerdings mit den Taliban paktiert, ist noch eine nennenswerte Größe. Doch da selbst der schillernde Warlord die Übersicht über seine zahlreichen Koalitionsbrüche in den letzten drei Jahren verloren haben dürfte, stuft man ihn in Islamabad realistischere als eher unsicheren Kantonisten ein.

Eine erwähnenswerte Renaissance feiert der einst gehätschelte und später verteuflte Chef der islamistischen 'Hezb-e Islami', Gulbuddin Hekmatyar. Der charismatische Paschtunenführer, dessen Streitkräfte im März 1995 bei einem Eroberungsversuch Kabuls vernichtend geschlagen wurden, mobilisiert gegenwärtig im Osten Afghanistans neue Einheiten, um sich an der Seite der Taliban und Dostums an dem neuen Vorstoß auf die afghanische Hauptstadt zu beteiligen. Da dieser ungewöhnlichen Koalition weitere bedeutende paschtunische Kommandanten sowie die in der 'Hezb-e Wahdat' organisierten Milizen der schiitischen Hazara beigetreten sind, erscheint der Machtwechsel in Kabul nur noch als eine Frage der Zeit.

Der in Pakistan von Politikern aus allen Lagern erwünschte Frieden dürfte dennoch in weiter Ferne bleiben, solange sich Islamabad nicht aus einem zentralen Dilemma seiner Afghanistanpolitik befreit, das man als "Paschtunischen Faktor" umschreiben kann.

Der Paschtunische Faktor

Trotz der jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit den afghanischen Paschtunen um die sogenannte "Paschtunistan-Frage" und die Anerkennung der 'Durand-Linie' als internationale Grenze (weiteres hierzu im Beitrag von Thomas Ruttig) hat Pakistan stets den Führungsanspruch dieses Volkes gegenüber den übrigen Ethnien in Afghanistan vorbehaltlos unterstützt. Auch General Zia-ul-Haq bevorzugte in den achtziger Jahren eindeutig die Paschtunen unter den sich gegen die sowjetische Besatzungsmacht formierenden Mujahedin, obwohl der Diktator den paschtunischen Nationalismus als Gefahrenquelle für seine Herrschaft fürchtete. Ein Blick auf den "Paschtunischen Faktor" erklärt die Ambivalenz dieser Haltung: Spätestens seit den sechziger Jahren behaupten nämlich die vornehmen Paschtunenfamilien der NWFP in der ansonsten von

Punjabis dominierten Bürokratie und Armee Pakistans die Rolle des Juniorpartners. Durch wirtschaftlichen Erfolg, kluge politische Allianzen und vorteilhafte Heiraten gelang es der Elite der Paschtunen weit besser als Sindhis, Balutschen oder Mohajirs, einen festen Platz im regierenden Establishment zu erobern. Deshalb konnte es sich Zia-ul-Haq schon im wohlverstandenen Eigeninteresse nicht erlauben, die patriotischen Gefühle der pakistanischen Paschtunen für die leidenden Landsleute jenseits der Grenze zu verletzen. Hätte er dies dennoch gewagt, hätte er linksnationale Politiker wie Wali Khan, der auch heute noch mit seiner 'Awami National Party' für ein grenzübergreifendes Paschtunistan streitet, nicht so lange erfolgreich isolieren können.

Aus dem gleichen Grund waren unter den sieben Mujahedin-Parteien, die Pakistan als Repräsentanten einer in Peshawar residierenden afghanischen Exilregierung anerkannte, sechs paschtunische Gruppierungen. Einzige Ausnahme: Die 'Jamaat-e-Islami' von B. Rabbani.

Nach dem Kollaps des Najibullah-Regimes 1992 sparte Pakistan weder mit Geld noch Waffen, um den afghanischen Paschtunen in der Schlacht um Kabul zum Sieg zu verhelfen. Die unerwartete Niederlage gegen die Tajiken wird bis heute vom pakistanischen Establishment und der Führungsschicht der Paschtunen in der NWFP, der beispielsweise der bisherige Generalstabschef Abdul Wahid angehört, als Schmach empfunden, die es auszumerzen gilt.

Sämtliche Versuche der Paschtunen, Kabul zurückzuerobern, scheiterten allerdings bislang an mangelnder Einigkeit, da die Paschtunen als Folge des Afghanistankrieges in diverse feindliche Lager zerfallen sind. Pakistan spielte dabei eine unheilvolle Rolle. Schuld am Zusammenbruch der paschtunischen Stammesgesellschaft waren vor allem die amerikanischen Waffenlieferungen für den afghanischen Widerstand, die der pakistanische Geheimdienst ISI zum Nachsehen der traditionellen und vergleichsweise toleranten Stammesführer überwiegend an radikale paschtunische Mullahs weiterleitete. Dazu kommt, daß Pakistan die in Ostafghanistan siedelnden Ghilzai-Paschtunen gegenüber den weiter südlich lebenden Stämmen der Durrani, die als loyale Anhänger der afghanischen Königsfamilie gelten, bevorzugt. Hintergrund: Der ehemalige König Zahir Shah, der heute im italienischen Exil lebt, wurde bislang als mögliche Integrationsfigur der Paschtunen und aller übrigen Afghanen abgelehnt. Neuerdings ist in diesem Punkt ein positiv zu wertender Umdenkprozeß zu beobachten.

Die Führung der Durrani-Paschtunen

rekrutiert sich überwiegend aus Durrani-Paschtunen, die allerdings nicht mit der klassischen Elite dieser Stämme identisch ist. Vielmehr dominieren an der Spitze der Rebellen relativ schlecht ausgebildete Dorfmuftis, die ihre obskuren Islamvorstellungen in den Theologieschulen der 'Jamiat-e-Ulema-e-Islam' (JUI) in Balutschistan kennengelernt haben. Die JUI unter der Führung von Fazl-ur Rahman gilt übrigens als zuverlässige Verbündete der PPP und Benazir Bhuttos, was als Hinweis auf die möglichen Hintergründe des kometenhaften Aufstiegs der Taliban genügen mag. Ob die Bhutto-Administration tatsächlich bei der Gründung der Taliban Pate stand, wie manche Beobachter behaupten, wird sich kaum beweisen lassen. Immerhin ist die zeitliche Nähe des Regierungswechsels in Islamabad zum erstmaligen Auftauchen der geheimnisumwitterten Studentenkrieger auffällig.

Der politische Profit eines möglichen Triumphes der Taliban dürfte sich allerdings für die Premierministerin in engen Grenzen halten, da die Mullah-Riege der Durrani als nationale politische Führer für die Ghilzai und die übrige Elite der afghanischen Paschtunen völlig inakzeptabel ist. Gleiches gilt natürlich für Tajiken, Usbeken, Schiiten und die persischsprachige Bevölkerung Kabuls.

Nationalitätenfrage

Die Unbeweglichkeit Pakistans in der Nationalitätenfrage erklärt sich auch aus der Angst vor gefährlichen Dominoeffekten auf die grenznahen Provinzen NWFP und Balutschistan, wo ebenfalls ethnische und tribale Konflikte schwellen. Auch im Krisenherd Karachi, wo angeblich rund eine Million Afghanen leben, kam es in der Vergangenheit immer wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen diesen Flüchtlingen und Angehörigen anderer Ethnien.

Keinesfalls möchte man mit einer Politik der Aussöhnung und Vermittlung zwischen den zerstrittenen Völkerschaften in Afghanistan - an sich der einzig vernünftige Weg zu einem dauerhaften Frieden - das Risiko eingehen, daß die enttäuschten Paschtunen beiderseits der Grenzen einen nicht mehr kontrollierbaren nationalen Flächenbrand entfachen.

Deshalb unterstützt Pakistan mit Nibelungentreue den verzweifelten Kabul-Kreuzzug seiner paschtunischen Klientel, obwohl sich auch in Islamabad die Experten einig sind, daß eine Rückkehr an die Macht oder gar eine Befriedung Afghanistans gegen den Willen der übrigen Ethnien nicht möglich ist. Deshalb steckt Pakistan mit seiner Afghanistanpolitik in einer geradezu tragischen Klemme, die die Entwicklung gangbarer Lösungsmodelle verhindert.